



Baden-Württemberg

MINISTERIUM FÜR WISSENSCHAFT, FORSCHUNG UND KUNST
PRESSE- UND ÖFFENTLICHKEITSARBEIT

PRESSEMITTEILUNG

11. September 2014

Nr. 78/2014

DFG-Programmpauschale: Weitere Beteiligung des Bundes angemahnt

„Dringend nötig ist ein Signal, dass der Bund sich mindestens in der bisherigen Höhe weiter an den Nebenkosten von Forschungsprojekten beteiligt. Die Länder tragen bereits jetzt einen großen Teil dieser Overhead-Kosten“, sagt Ministerin Bauer

Baden-Württembergs Wissenschaftsministerin Theresia Bauer hat ein Signal des Bundes angemahnt, dass dieser sich auch weiterhin an den Nebenkosten der von Hochschulen eingeworbenen Forschungsgelder („Overhead“) beteiligt. Gleichzeitig wies sie einen Vorstoß des stellvertretenden Vorsitzenden der CDU-Bundestagsfraktion, Michael Kretschmer, für eine stärkere Beteiligung der Länder zurück.

„Wer die Materie kennt, weiß, dass die Nebenkosten für Drittmittelprojekte deutlich höher sind als die vom Bund getragene Programmpauschale abdeckt. Die Differenz zahlen allein die Länder - über die Grundfinanzierung der Hochschulen“, sagte Bauer. Die Forderung aus Berlin nach einer zusätzlichen Beteiligung der Länder sei daher völlig unangemessen.

Drittmittelprojekte seien ein wichtiges Instrument der Hochschul- und Forschungsfinanzierung, sie müssten jedoch auch auskömmlich finanziert sein. Die Programmpauschalen müssten daher fortgeführt werden. Ministerin Bauer: „Die Anhebung der DFG-Programmpauschalen über 20 Prozent hinaus wäre wünschenswert; der Bund muss sich jedoch mindestens in der bisherigen Höhe an den Overhead-Kosten beteiligen. Ein Signal hierzu steht leider jedoch noch immer aus. Das bringt die Hochschulen zunehmend in Bedrängnis“.